

Antragsbuch

Kreisparteitag

FDP-Kreisverband Bielefeld

am 14. März 2023

Inhaltsverzeichnis:

Antrag A1: „Ideenwettbewerb für ein Quartier auf dem Kesselbrink“	2
Antrag A2: „Stellen in der Verwaltung“	4
Antrag A3: „Tempo 30“	5
Antrag A4: „Wohnungsbau“	6
Antrag A5: „Transatlantische Beziehungen auf städtischer Ebene stärken“	7
Antrag A6: „Freiheitskampf unterstützen – Mullah-Regime isolieren“	8
Antrag A7: „S-Bahnkonzept OWL – Elektrifizierung der Strecke Paderborn Bielefeld“	9
Zusatzantrag 1 zu A7: „S-Bahnkonzept OWL – Elektrifizierung der Strecke Paderborn Bielefeld“	10

ZEILE

1 **Antrag A1: „Ideenwettbewerb für ein Quartier auf dem Kesselbrink“**

2 **Antragsteller: Kreisvorstand und Junge Liberale Bielefeld**

3 Der Kreisparteitag möge beschließen:

4

5 **Beschluss**

6 1. Platz mit echter Aufenthaltsqualität und echtem Platzgefühl schaffen

7 Der Umbau des Kesselbrinks ist ein Misserfolg. Statt der erhofften Aufwertung und
8 städtebaulichen Anbindung an die Innenstadt ist ein Kriminalitätsschwerpunkt ent-
9 standen. Dem Kesselbrink fehlt für ein echtes Platzgefühl nach wie vor eine geeignete
10 bauliche Einfassung. Eine Bebauung würde nicht nur das Raumgefühl verbessern, son-
11 dern auch einen attraktiven Treffpunkt für Bürgerinnen und Bürger schaffen und dazu
12 beitragen, die Lebensqualität in der Stadt zu erhöhen. In dieser Bebauung sollen Büros,
13 Räumlichkeiten für ein kulturelle Angebot, Gastronomie, Wohnflächen und Geschäfte
14 Platz finden. Die Integration einer Markthalle wäre zu prüfen. Für die Skateranlagen ist
15 gegebenenfalls Ersatz an anderer Stelle auf dem dann kleineren Platz oder an anderer
16 Stelle zu finden. Daher fordern wir eine Ausschreibung der Stadt, um einen Entwurf für
17 eine solche Bebauung zu entwickeln.

18

19 2. Planung für die Hauptwache

20 In die Planung der Bebauung des Kesselbrinks sind Planungen für benachbarte Ge-
21 bäude miteinzubeziehen. Insbesondere die Fläche, auf der sich derzeit noch die Haupt-
22 wache der Polizei befindet, ist mit dem auf der gegenüberliegenden Straßenseite vor-
23 gesehenen Gebäuderiegel auf dem Kesselbrink zu planen.

24

25 3. Überplanung des Grünen Würfels

26 Der Grüne Würfel ist für die allermeisten Nutzungen ungeeignet und eine teure Fehl-
27 planung. Er wurde ursprünglich als Gastronomiebetrieb konzipiert. Die aktuellen Kos-
28 ten zum Betreiben des „Grünen Würfels“ sind aus unserer Sicht nicht zu rechtfertigen.
29 Statt schlechtem Geld Jahr für Jahr weiteres hinterherzuwerfen, fordern wir eine nach-
30 haltige, kosteneffiziente Lösung für das Gebäude. Im Rahmen der Platzplanung steht
31 der Grüne Würfel daher ausdrücklich zur Disposition, ein Abriss erscheint aus derzeiti-
32 ger Sicht die sinnvollste Option zu sein. Die umfangreichen Mittel, die zur Nutzung die-
33 ser Immobilien aus dem Sozialetat aufgewendet werden, können an einem anderen
34 Ort in geeigneten Gebäuden deutlich mehr bewirken. Einzelne Angebote könnten u.U.
35 auch im neu zu errichtenden Gebäuderiegel untergebracht werden.

36

37 **Begründung**

38 Der Kesselbrink sorgt immer wieder für negative Schlagzeilen und Besorgnis in der Bielefelder

ZEILE

39 Bevölkerung. Wir bezweifeln den öffentlichen Nutzen des Kesselbrink und stellen seine Ak-
40 zeptanz infrage. Der Raum für Rückzugsorte ist in Bielefeld knapp, überfüllte Parks wie z. B.
41 der Bürgerpark im Sommer sind Folge dessen. Lösungsansätze den Kesselbrink in einen sol-
42 chen zu verwandeln, scheinen nicht effektiv genug zu wirken.
43
44 Der Kesselbrink als zentraler Platz sollte ein Raum für jeden Bürger Bielefelds sein bzw. die
45 Fläche gewinnbringend für Bielefelder genutzt werden. Daher fordern die jungen Liberalen
46 Bielefeld ein Überdenken des aktuellen Vorgehens auf dem Kesselbrink.

ZEILE

1 **Antrag A2: „Stellen in der Verwaltung“**

2 **Antragsteller: OV Dornberg, Jöllenbeck, Schildesche**

3 Der Kreisparteitag möge beschließen:

4

5 **Beschluss**

6 Der FDP-Kreisverband fordert die FDP-Ratsfraktion auf, zu beantragen, dass die Verwaltung
7 beauftragt wird, ein Konzept der Aufgabenreduktion und Personalentwicklung zu erarbeiten,
8 welches die offenen Stellen der Stadt priorisiert. Ziel ist es durch die Priorisierung und Um-
9 schichtung Stellen abzubauen, die nicht zwingend gesetzlich erforderlich sind. Dies heißt vor
10 allem auch die Reduzierung von Aufgaben und Aktivitäten, die nicht zwingend gesetzlich er-
11 forderlich sind.

12

13 **Begründung:**

14 Es ist offensichtlich, dass die Stadtverwaltung mit begrenzten Ressourcen nicht alle bestehen-
15 den oder geplanten Aufgaben oder Projekte gleichzeitig mit Erfolg voranbringen kann. Es sind
16 sowohl die finanziellen als auch die personellen Ressourcen begrenzt und lassen sich nicht
17 ohne Gefährdung der Haushaltsstabilität erweitern.

18

19 Die Finanzpolitik in Bielefeld steht vor großen Herausforderungen. Erst in den nächsten Jahren
20 wirken sich die enormen Stellenzuwächse von Rot-Rot-Grün von über 660 Stellen auf die Haus-
21 haltspolitik aus. Im Moment sind durch den Fachkräftemangel noch viele Stellen unbesetzt.
22 Diese Chance muss die Stadt nutzen.

23

24 Die Bezirksregierung in Detmold hat bereits in ihrer jüngsten Bewertung die Stellenzuwächse
25 gerügt. Neben der unsicheren wirtschaftlichen Entwicklung, den künftigen Tarifabschlüssen
26 im öffentlichen Dienst, den steigenden Zinsen und dem Milliarden-ISB-Investitionsprogramm
27 der Stadt gibt es viele Unsicherheiten und schwierige Prognosen für die nächsten Haushalts-
28 jahre. Daher gibt es dringenden Handlungsbedarf, wenn die Stadt nicht wieder in die Hand-
29 lungsunfähigkeit der Haushaltssicherung zurückkehren will.

ZEILE

1 **Antrag A3: „Tempo 30“**

2 **Antragsteller: OV-Dornberg, Jöllenbeck, Schildesche**

3 Der Kreisparteitag möge beschließen:

4

5 **Beschluss**

6 Der Kreisparteitag möge beschließen, dass Kommunen vor Schulen und Kitas Tempo 30 festlegen
7 können, und zwar unabhängig davon, ob die Schule innerhalb oder außerhalb der Ortschaft liegt.

8 Der Kreisparteitag möge das in den Landesparteitag einbringen.

9

10 **Begründung**

11 - erfolgt mündlich

ZEILE

1 **Antrag A4: „Wohnungsbau“**

2 **Antragsteller: OV-Mitte**

3 Der Kreisparteitag möge beschließen:

4

5 **Beschluss**

6 Die FDP Bielefeld setzt sich für eine Beschleunigung des Wohnungsbaus in Bielefeld ein.

7

8 **Begründung**

9 Der Blockadehaltung der Grünen beim Wohnungsbau muss durch eine entschlossene Oppo-
10 sitionsarbeit begegnet werden. Wenn selbst eine Verdichtung der Bebauung im innerstädti-
11 schen Bereich behindert und blockiert wird, ist eine weitere dramatische Verteuerung und
12 Verknappung des Wohnraums in der wachsenden Stadt Bielefeld vorprogrammiert und durch
13 rot/rot/grüne Politik hausgemacht.

ZEILE

1 **Antrag A5: „Transatlantische Beziehungen auf städtischer Ebene**
2 **stärken“**

3 **Antragsteller: Junge Liberale Bielefeld**

4 Der Kreisparteitag möge beschließen:

5

6 **Beschluss:**

7 Putins Angriffskrieg auf die Ukraine hat den Zusammenhalt innerhalb des Verteidigungsbünd-
8 nisses enorm gestärkt. Deshalb ist es auch von deutschem Interesse solche Verbindungen aus-
9 zubauen.

10 Hierbei nimmt die FDP auch die Stadt Bielefeld in die Verantwortung und fordert folgendes:

11

12 Städtepartnerschaften mit amerikanischen Städten

13 Die Stadt Bielefeld muss sich bemühen auch aus OWL ein Zeichen zu setzen. Deshalb sollte die
14 Stadt Bielefeld vorangehen und ein intensives Partnerschaftsprogramm mit mindestens einer
15 amerikanischen Stadt eingehen. Hierbei kann sich auf eine kulturelle, wirtschaftliche, wissen-
16 schaftliche und gesellschaftliche Basis berufen werden. Hier kann die Universität Bielefeld
17 eine Partnerschaft zur Hochschule der Partnerstadt unterstützend aufbauen.

18

19 Dialog an der Basis aufbauen

20 Die Stadt Bielefeld soll vor allem jungen Menschen die Gelegenheit bieten, transatlantischen
21 Dialog zu führen. Dies soll nicht nur dazu dienen die Beziehungen zu stärken, sondern auch
22 diese neu zu denken und die Beziehung in mutiger und kreativer Zusammenarbeit voranzu-
23 bringen.

24

25 **Begründung:**

26 erfolgt mündlich

ZEILE

1 **Antrag A6: „Freiheitskampf unterstützen – Mullah-Regime**
2 **isolieren“**

3 **Antragsteller: Kreisvorstand Bielefeld**

4 Der Kreisparteitag möge beschließen:

5

6 **Beschluss:**

7 1. Die FDP Bielefeld unterstützt den Kampf der Iranerinnen und Iraner für Freiheit, Selbstbe-
8 stimmung und gegen die theokratische Mullah-Diktatur. Die Missachtung der Menschen-
9 rechte und in besonderem Maße die Unterdrückung der Frauen erfordert entschiedenes
10 Handeln. Dazu fordern wir die Bundesregierung und insbesondere die Außenministerin
11 ausdrücklich auf.

12

13 2. Die Bundesregierung wird aufgefordert, Gespräche zur Neuverhandlung des Atomabkom-
14 mens mit dem Iran sofort zu beenden.

15

16 3. Die FDP Bielefeld befürwortet, die iranischen Revolutionsgarden EU-weit als Terrororga-
17 nisation einzustufen. Deutschland muss sein Gewicht innerhalb der Union dafür einsetzen,
18 dass die Kommission sich nicht weiter hinter rechtlichen Bedenken versteckt. Die Bundes-
19 regierung wird aufgefordert, eine intensivere Beobachtung und Bekämpfung iranischer
20 Geheimdienstaktivitäten in Deutschland und Europa durch BND und Verfassungsschutz si-
21 cherzustellen. Die iranischen Oppositionskräfte sind stärker zu unterstützen. Der Iran ist
22 durch seine aggressive Politik der Konflikttreiber im Nahen und Mittleren Osten. Ziel west-
23 licher Politik muss deshalb ein Regimewechsel in Teheran sein.

24

25 **Begründung:**

26 Das Atomabkommen mit dem Iran sollte diesen von einer atomaren Bewaffnung abhalten.
27 Einem Regime, das mit barbarischen Mitteln gegen die eigene Bevölkerung vorgeht, ist aber
28 grundsätzlich nicht zu trauen, wie auch der kürzliche Fund angereicherten Urans durch die
29 Internationale Atomenergiebehörde belegt. Vielmehr dürfte der Iran jedes wirtschaftliche
30 Entgegenkommen nutzen, um den eigenen Unterdrückungsapparat zu stärken und über Mili-
31 tzen, Untergrund- und Terrororganisationen seinen Einfluss im Nahen Osten auszuweiten. Die
32 umfangreichen Waffenlieferungen an Russland zeigen zudem, dass der Iran stärker von den
33 globalen Handelsbeziehungen getrennt werden sollte.

ZEILE

1 **Antrag A7: „S-Bahnkonzept OWL –**

2 **Elektrifizierung der Strecke Paderborn-Bielefeld“**

3 **Antragsteller: Kreisvorstand Bielefeld**

4 Der Kreisparteitag möge beschließen:

5

6 **Beschluss:**

7 Die Bielefelder FDP fordert bei der Umsetzung und Ausführungsplanung des S-Bahnkonzepts

8 OWL eine Priorität für die Verbindung Bielefeld-Paderborn.

9

10 **Begründung:**

11 Das S-Bahnkonzept OWL sieht verschiedene Ausbauten und Erweiterungen der Infrastruktur

12 im Bahnverkehr der Region vor. Priorität sollte dabei das zu erzielende Fahrgastaufkommen

13 haben. Die Verbindung zwischen den beiden größten Städten der Region bietet dafür die größ-

14 ten Potenziale. Eine vollständige Elektrifizierung der Strecke ist derzeit jedoch erst mit der

15 Zielrichtung 2040 vorgesehen. Vor allen anderen Maßnahmen sollte die Elektrifizierung, der

16 Ausbau mit Ausweichgleisen, eine Taktverdichtung sowie ggf. zusätzliche Haltepunkte auf die-

17 ser bedeutsamen Strecke das Ziel sein. Neben der „Stammstrecke“ Gütersloh-Bielefeld-

18 Herford-Minden muss die Verbindung Bielefeld-Paderborn die ausgebaute Hauptachse des

19 SPNV in OWL werden.

ZEILE

1 **Zusatzantrag 1 zu A7: „S-Bahnkonzept OWL – Elektrifizierung der**
2 **Strecke Paderborn Bielefeld“**

3 **Antragsteller: Hartmut Piater**

4 Der Kreisparteitag möge beschließen:

5

6 **Prüfantrag S-Bahn Bielefeld Hauptbahnhof - Sennestadt Mitte**

7 Sollte man eine Stichstrecke zwischen dem Bahnhof Bielefeld Sennestadt und Sennestadt-
8 Mitte anlegen, könnte man von Sennestadt-Mitte und den Hauptbahnhof in etwa 23 Minuten
9 erreichen, elektrifiziert vielleicht sogar noch in kürzerer Zeit. Das könnte MoBiel mit der Stadt-
10 bahn nie schaffen.

11

12 Vorstellbar wäre ein Stundentakt. Im Wechsel mit den Zügen aus Paderborn könnte man dann
13 die Strecke Bielefeld Sennestadt – Bielefeld HBF halbstündig bedienen. Die aufwändige Stadt-
14 bahnstrecke bis Sennestadt wäre nicht mehr nötig. Die Buslinie 135 könnte bestehen bleiben
15 – vor allem für die Fahrgäste, die nach Senne, und weiter nach Brackwede und Gadderbaum
16 wollen.

17

18 Dieser Gedanke hätte für die Sennestädter Bevölkerung zwar große Vorteile, aber für MoBiel
19 einen entscheidenden Nachteil: Es würde Fahrgast-Aufkommen von MoBiel auf die Deutsche
20 Bahn verlagert.